Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. einschl. 0,38 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. **Hauptgeschäftsstelle Bocholt:** Realschulstraße 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 326 | Donnerstag, den 25. November 1937 | Jahrgang 1937

Wieder rotspanische Luftangriffe auf friedliches Hinterland.

Verbrecherische bolschewistische Untaten mit Hilfe der französischen Volksfront.

Sie kamen von Frankreich.

DNB **London**, 24. November.

Nach einer Reutermeldung hat die nationalspanische Regierung mitgeteilt, daß 18 bolschewistische Bomber aus der Richtung von Tarbes in Frankreich die spanische Grenze überflogen und die Stadt Rioja sowie verschiedene offene Städte an der nördlichen Ebro-Front mit Bomben belegt haben. Der bolschewistische Luftangriff habe unter der Zivilbevölkerung Opfer gefordert.

Eine Verletzung des Völkerrechts

Frankreichs Mitschuld.

▲ **Rom**, 24. November.

Die gesamte römische Abendpresse bekundet die schärfste Entrüstung über den neuen sowjetspanischen Luftangriff auf nationalspanisches Gebiet. Schon in den Ueberschriften wird unzweideutig auf die Verletzung des Völkerrechts und aller internationalen Vereinbarungen hingewiesen. „Lavoro Fascista" betont, daß sich Frankreich bereits zum zweiten Male zum Helfershelfer bei den Schandtaten Rotspaniens macht. — „Tribuna" unterstreicht ebenfalls die unbestreitbare Mitschuld Frankreichs, das den sowjetspanischen Banditen den Luftweg über das französische Gebiet freigebe. Die roten Flugzeuge haben, so schreibt „Tribuna", den französischen Luftraum auf dem Hin- und Rückflug ungestört passieren können. Die Verletzung jeglicher guten Moral der Kriegführung von Seiten der spanischen Bolschewisten stehe außer Zweifel, aber noch schlimmer ist es, daß ein Staat, der sich mit leeren Phrasen zum Schutzherrn der Nichteinmischung aufwirft, diesem verbrecherischen Bandenunwesen seine Helfershand reiche.

Das sei ein untragbarer und ungerechter Zustand, der die Unterzeichnerstaaten der Nichteinmischungsverpflichtung nicht nur vor ein Problem der Gerechtigkeit, sondern auch der Würde stelle. Ferner erklärt das Blatt, daß die Waffen- und Freiwilligentransporte zu Gunsten der Roten über die Pyrenäen am hellichten Tage unverändert weitergingen. Die sowjetspanischen Zeitungen brüsteten sich sogar mit dieser Unterstützung.

Empörung im nationalen Spanien.

Scharfe Sprache gegen Frankreich.

DNB **San Sebastian**, 24. Nov.

Der nationale Rundfunk und die Presse veröffentlichen eine amtliche Erklärung aus Salamanca, in der mitgeteilt wird, daß — wie schon der Heeresbericht vom Dienstag meldet — 18 bolschewistische Flugzeuge aus Frankreich kommend, die Grenze in Richtung Tardets überflogen und über mehreren friedlichen Ortschaften Bomben abwarfen. Dieser erneute schwere Angriff auf das nationale Spanien, der mit Hilfe der französischen Volksfront geschehen ist, werde hiermit der Oeffentlichkeit bekanntgegeben.

Die nationalspanischen Zeitungen kommentieren voller Empörung die verbrecherische gegen jedes internationale Recht verstoßende Handlungsweise, sich unter dem feigen Schutz des Auslandes dem friedlichen Hinterland zu nähern und über unbefestigten, keinen militärischen Zwecken dienenden Ortschaften Bomben abzuwerfen. In Spanien würde dies unvergessen bleiben und das den Sowjets ausgelieferte Frankreich dürfe niemals auch nur mit einer Geste der Sympathie seitens des nationalen Spaniens rechnen.

Typhus und Blattern in Madrid.

Verzweifelte Lage der Bevölkerung.

DNB **San Sebastian**, 24. November.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung Madrids hat sich, den Berichten von Ueberläufern an der Madrider Front zufolge, in erschreckendem Maße verschlechtert. Typhus, Blattern und andere Seuchen fordern unter der durch Hunger und Kälte geschwächten Einwohnerschaft immer mehr Todesopfer.

Die Ursachen für die Ausbreitung der genannten Seuchen liegen klar auf der Hand. Die Lebensmittelknappheit wirkt sich von Monat zu Monat stärker aus. Dazu kommt der Mangel an Heizmaterial sowie an warmer Kleidung und Decken, die größtenteils von den bolschewistischen Horden „beschlagnahmt" worden sind. Von einer geregelten Straßenreinigung ist natürlich seit langem keine Rede mehr, und die sanitären Anlagen verfallen nach und nach völlig.

Unter diesen Umständen sieht die Bevölkerung dem meist sehr strengen Madrider Winter mit größter Sorge entgegen und immer stärker wird die Sehnsucht, daß die nationalen Truppen die Stadt bald befreien und den Leiden der schwergeprüften Einwohnerschaft ein Ende bereiten mögen.

Der Duce spendet 1000 Doppelzentner Kaffee für das deutsche WHW

DNB **Rom**, 24. November.

Die wegen ihrer Bücher über das faschistische Italien bekannte deutsche Schriftstellerin Luise Diehl, die sich z. Z. auf einer Studienreise durch Aethiopien befindet, ist nach italienischen Zeitungsberichten in Addis Abeba eingetroffen. Während ihres Aufenthaltes in Harrar wurde ihr die freudige Mitteilung gemacht, daß der Duce ihr 1000 Doppelzentner Kaffee aus der Provinz Harrar für das deutsche Winterhilfswerk zur Verfügung stellte. Die Verfrachtung dieser schönen und dankenswerten Spende, die in Deutschland allgemein mit Freude aufgenommen wird, erfolgt in den allernächsten Tagen.

Englische Parlamentserklärung über den Halifax-Besuch.

„Er war wertvoll im Hinblick auf die Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Verstehens." – Scharfe deutsche Zurückweisung lügenhafter Berichterstattung im „Manchester Guardian." – Auch Chamberlain nennt sie unverantwortlich und höchst unrichtig.

Chautemps und Delbos nach London eingeladen.

Zu einem Meinungsaustausch über die internationale Lage.

£ **London**, 24. November.

In der Mittwoch-Kabinettssitzung erstattete Lord Halifax dem britischen Kabinett einen Bericht über seinen Besuch in Deutschland. Vor der Kabinettssitzung hatte er eine halbstündige Besprechung mit dem englischen Premierminister.

Im Unterhaus gab Ministerpräsident Chamberlain heute nachmittag die mit großer Spannung erwartete Erklärung über den Halifax-Besuch in Deutschland ab.

Einleitend erklärte der Ministerpräsident, daß der Besuch in Deutschland, wie der Schatzkanzler Simon im Unterhaus am 12. September bereits mitgeteilt habe, völlig privat und inoffiziell gewesen sei. Wie das Haus aber wisse, sei vereinbart gewesen, daß Halifax den Führer sehen sollte. Vereinbarungsgemäß habe dieser Besuch dann am 19. November in Berchtesgaden stattgefunden, wobei Halifax vom Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath begleitet gewesen sei. Während seines Besuches habe Halifax auch Gelegenheit gehabt, Generaloberst Göring, Dr. Goebbels und andere prominente Persönlichkeiten in Deutschland zu treffen. Diese Unterhaltungen seien vertraulichen Charakters gewesen, und das Haus werde, dessen sei er sicher, fuhr Chamberlain fort, nicht erwarten, daß er in diesem Stadium eine weitere Erklärung über sie abgeben werde.

„Ich bin jedoch zufrieden, daß der Besuch wertvoll im Hinblick auf die Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Verstehens gewesen ist, ein Wunsch, von dem ich glaube, daß er ganz allgemein in beiden Ländern empfunden wird."

Die konservative Abgeordnete Horsbrugh fragte darauf den Ministerpräsidenten, ob er die Vermutungen kenne, die über diese Unterhaltungen in der englischen Morgenpresse erschienen seien. Chamberlain erwiderte darauf,

er wolle klar machen, daß diese Spekulationen nicht nur unverantwortlich, sondern auch höchst unrichtig gewesen seien.

Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, daß die französische Regierung natürlich nicht über das Ergebnis der Besprechungen informiert worden sei.

In Anschluß teilte Chamberlain auf Anfrage des Oppositionsleiters Attlee offiziell mit,

daß der französische Ministerpräsident und der Außenminister eine Einladung nach London zum Zwecke eines Meinungsaustausches über die internationale Lage für den 29. und 30. November angenommen hätten.

Auf die Frage der linksradikalen Abgeordneten Rathbone, ob die englische Regierung es nicht für ratsam halte, freundschaftliche Ministerbesuche mit Prag und Moskau auszutauschen (!) erwiderte Chamberlain: „Nein". Der Außenminister habe kürzlich Gelegenheit gehabt, den tschechoslowakischen Außenminister in Genf und Litwinow-Finkelstein in Brüssel zu sprechen und mit ihnen Ansichten auszutauschen.

Gleichzeitig mit der Erklärung Chamberlains im Unterhaus gab Lord Halifax im Oberhaus eine Erklärung über seinen Besuch in Deutschland. Halifax, dessen Erklärung sich wörtlich mit der des Premierministers deckte, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Politische Gangster-Methoden!

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz:

Erst vor kurzem sahen wir uns genötigt, mit deutlichen Worten Pressemanövern entgegenzutreten, die noch vor dem Besuche des Lord-Präsidenten Halifax versuchten, mit dreisten Unterstellungen die internationale politische Atmosphäre zu vergiften. Man hätte annehmen sollen, daß diese überall verstandene klare Antwort auf

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)



Der Führer weihte die Ordensburg Sonthofen.

Der Führer begrüßt die vor der Burg angetretenen Reichs- und Gauleiter. Vorn Gauleiter Wagner, rechts Gauleiter Terboven, links (in der zweiten Reihe) der Gauleiter von Pommern, Schwede-Koburg. (Scherl-M.)

Ein Jahr Antikomintern-Abkommen.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

E. R. **Berlin**, 24. Nov.

Am 25. November ist ein Jahr vergangen, seitdem zwischen dem Deutschen Reich und Japan das Abkommen gegen die Kommunistische Internationale abgeschlossen wurde. Der Vorgang vollzog sich unter dem Nachhall der Drohungen auf dem 7. Komintern-kongreß, wo wieder einmal die Weltdiktatur als bolschewistisches Hochziel proklamiert worden war. Diese Großsprecherei schreckt freilich nicht mehr, ernster ist aber die auf dem Kongreß gleichfalls wiederholte Kampfansage an alle Ordnungsstaaten. Die in die ganze Welt hinausleuchtenden Flammen des spanischen Brandes beweisen ja, welche Verwüstungen der Bolschewismus auch dann anrichten kann, wenn er sein aufreizendes Ziel nicht erreicht, und auf der ganzen Erde sehen wir die Spuren seiner Verhetzung und zersetzenden Wühlarbeit, in hochkultivierten Völkern nicht minder als in tiefstehenden. Die beiden Staaten, die sich vor einem Jahre zur Abwehr vereinigten, sind dank ihrer entschlossenen Maßnahmen, die sie schon vorher unabhängig voneinander ergriffen hatten, weniger bedroht als andere; was sie gleichwohl zum Abschluß des Abkommens bewog, war darum zum guten Teil die Verantwortung für die Erhaltung der Kultur und des Völkerfriedens, zu der sie sich berufen fühlen, der eine vornehmlich für den europäischen, der andere für den fernöstlichen Bereich. Deshalb begründeten sie ihren gemeinsamen Schritt mit der Erkenntnis, daß die Komintern unablässig und mit allen Mitteln bemüht ist, die bestehenden Staaten zu vergewaltigen und zu zersetzen und ihren inneren Frieden und ihr soziales Wohlleben und den Weltfrieden im ganzen zu gefährden.

Die Vereinbarung bestimmt, daß die beiden Partner sich über die Tätigkeit der Komintern unterrichten, die notwendigen Abwehrmaßnahmen beraten und in enger Zusammenarbeit durchführen, ferner, daß sie dritte Staaten, deren innerer Frieden durch die Komintern bedroht ist, einladen, Abwehrvorkehrungen im Geiste des Abkommens zu ergreifen oder an dem Abkommen teilzunehmen. Dieses kennzeichnet sich also als eine Defensivmaßnahme größten Stils von allgemeiner Gültigkeit. Obgleich die Regierung der Sowjetunion noch jedesmal, wenn die Komintern wieder bloßgestellt worden war, mit Nachdruck versicherte, sie sei nicht mit dieser zu identifizieren, schäumte sie vor Wut und erhob Einspruch gegen das Abkommen. Sie konnte aber damit leicht abgewiesen werden, daß dieses sich erklärtermaßen nicht gegen die Sowjetunion, sondern nur, und zwar mit aller Entschiedenheit, gegen die Komintern richtet. Diese Unterscheidung ist auch immer streng von beiden Staaten durchgeführt worden, weniger streng dagegen von Moskau, und das sowohl von der Komintern, deren Leiter Dimitroff auf dem Kominternkongreß die Einheit triumphierend verkündete, sondern auch von der Regierung, wie die Vorgänge in Spanien und in dem Nichteinmischungsausschuß unwiderleglich beweisen.

Diese Aufklärung über den Defensivzweck, die Frontrichtung und die allgemeine Zugänglichkeit des Abkommens brachte auch die Bedenken, Zweifel und Argwöhne zum Schweigen, die sich in anderen Staaten anfangs erhoben, namentlich in denen, die durch Pakte oder politische Interessen mit Sowjetrußland verbunden waren. Weiten Kreisen in vielen Nationen hat das Abkommen die Augen für den Ernst der Gefahr, in der sie schweben, geöffnet, und wenn sich heute die öffentliche Meinung, sogar im Volksfront-Frankreich, immer mehr von Moskau abwendet und auch die Regierungen nötigt, von ihm abzurücken, so ist das unbestreitbar zum guten Teil das Verdienst des Abkommens. Es wirkt, auch wenn es äußerlich kaum in die Erscheinung getreten ist, allein durch seine Existenz und ist als ein Bollwerk der allgemeinen Sicherheit aus der poltischen Weltstrategie gar nicht mehr wegzudenken.

Der an alle Staaten gerichteten Einladung hat kürzlich Italien Folge geleistet, wobei es seine enge Verbundenheit dadurch zum Ausdruck brachte, daß es als ein Mitbegründer in die Front eingereiht zu werden wünschte. Es ist ein willkommener Bundesgenosse, denn wie die anderen hat es seine schmerzlichen, aber auch wertvollen Erfahrungen mit dem Bolschewismus und auch mit seiner Bekämpfung und Ueberwindung. Sein Beitritt hat wiederum Mißtrauen erregt; in der englischen und französischen Presse wurde der Verdacht oder die Besorgnis laut, daß diese Konsolidierung dreier mächtiger, mehr oder minder autoritär regierter Länder sich über ihren angegebenen Zweck hinaus auswirken und den ohnehin nicht mehr allzu selbstbewußten Demokratien unbequem und gefährlich werden könnte. Davon kann nicht die Rede sein. Die einzige und ausschließliche Aufgabe des Abkommens ist in seinem Namen festgelegt. Es will und soll die beteiligten Staaten und die ganze Welt vor dem Pesthauch des Bolschewismus und vor seiner Verbreiterin, der Komintern, schützen. Jedem Staat, gleichwohl welcher Verfassung, steht der Beitritt nach wie vor frei.

Politische Gangster-Methoden.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

derartige für die Besserung der internationalen Beziehungen denkbar „ungeeignete Methoden" genügt hätte, nun den verantwortungslosen Elementen in der ausländischen Presse die Lust zu nehmen, ihre ebenso lächerlichen wie gefährlichen Machenschaften fortzusetzen. Diese Hoffnung war trügerisch:

Nach dem Besuche des Lordpräsidenten Halifax wurde die Lügenflut eines Teiles der ausländischen Presse schlimmer denn zuvor. Angebliche „Forderungen", „Wünsche" und Behauptungen über mehr oder weniger „politische Erpressungen" des Führers sind nach wie vor in den Spalten dieser Blätter Themen des Tages. So liefert uns neuerdings der „Manchester Guardian ein Musterstück lügenhafter Berichterstattung.

Der diplomatische Korrespondent dieses Blattes berichtet, daß deutscherseits in den Besprechungen mit Lord Halifax „Forderungen" gestellt worden seien, die sich in folgenden Punkten zusammenfassen ließen:

1. Deutschland sei bereit, dem Völkerbund unter einer Reihe von Bedingungen, die sich auf bestimmte Punkte des Versailler Vertrages und die Anerkennung der italienischen Oberhoheit über Abessinien beziehen, wieder beizutreten.

2. England werde von Deutschland aufgefordert, einer Reorganisation destschechischen Staates nach dem Muster des Schweizer Bundessystems zuzustimmen, wobei das Sudetenland den Charakter eines Schweizer Kantons erhalten solle.

3. England werde aufgefordert, sich zu verpflichten, der österreichischen Regierung keinerlei diplomatischen, politischen oder militärischen Beistand zu geben.

4. Deutschland verpflichte sich, die Kolonialfrage für eine Periode von sechs Jahren nicht aufzugreifen und verspreche, keinerlei Flotten- oder Militärbasen in seinen früheren Kolonien einzurichten.

5. Deutschland verpflichtet sich, den Frieden in Spanien wieder herzustellen, sobald die britische Regierung die Regierung in Salamanca de jure anerkannt habe, usw.

So viel Worte, so viel Lügen!

Wir wissen nicht, aus welcher trüben Quelle diese „Informationen" stammen, aber wir wissen, daß sie von Anfang bis Ende lügenhafte Erfindungen sind!

Der englische Ministerpräsident Chamberlain sah sich veranlaßt, auf diesbezügliche Anfragen heute im Unterhaus alle diese Spekulationen nicht nur als unverantwortlich, sondern auch als höchst unrichtig zu bezeichnen. Wir möchten sie als freche und unverschämte Verleumdungen, ihre Verbreiter als internationale Brunnenvergifter brandmarken! Mit solchen publizistischen Gangster-Methoden kann man dem nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr kommen!

Wie oft sollen wir es sagen: Es ist bei uns nicht üblich, dem Minister eines befreundeten Landes, der nach Deutschlands zwecks „Förderung des Wunsches zur Schaffung eines engeren gegenseitigen Verstehens", Forderungen zu stellen und ihm die Pistole auf die Brust zu setzen! Alle Kombinationen in dieser Richtung tragen also schon von vornherein den Stempel der Lüge auf der Stirn!

Wenn der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian" dann seinem lügnerischen Elaborat die Kron aufsetzt, indem er seine Regierung auffordert, diese uns so dreist unterschobenen „Vorschläge", die das „größere Deutschland im Embryo" enthielten, als unannehmbar zurückweisen, weil ihre Annahme eine „Krise der englisch-französischen Beziehungen" bedeuten und außerdem die „englisch-amerikanischen Beziehungen stören" würden usw., dann wissen wir, was man mit diesen fortgesetzten infamen Unterstellungen Deutschland gegenüber bezwecken möchte.

Wir werden auch in Zukunft diesen politischen Gangster-Methoden mit der ihnen gebührenden Deutlichkeit entgegentreten und den publizistischen Strauchrittern die Maske vom Gesicht reißen. Denn wir sind mehr denn je überzeugt, daß, solange diesen internationalen Brunnenvergiftern, die jede Fühlungnahme zu lügenhafter Hetze benutzen, nicht das Handwerk gelegt ist, alle politischen Besuche und Besprechungen zwecklos sind und nur zu einer Verwirrung der internationalen Lage beitragen können.

1800 Kilometer Reichsautobahnen in Betrieb.

Das Bauziel 1937 Mitte Dezember erreicht.

DNB **Berlin**, 24. November.

Am 27. November werden wieder drei fertiggestellte Reichsautobahnstrecken mit einer Gesamtlänge von rund 85 Kilometern dem Verkehr übergeben.

Hiervon entfallen rund 30 Kilometer auf das Teilstück Burgdamm-Oyten der Strecke Hamburg—Bremen, die nunmehr bei Bremen in nordwestlicher Richtung durch die Wiesenlandschaft des Blocklandes hindurch bis an die Reichsstraße 6 verlängert und damit dem Verkehr von Bremerhaven—Wesermünde unmittelbar erschlossen wird.

Die Verlängerung der Westtangente des Berliner Ringes um 20 Kilometer stellt den Anschluß der Reichsstraße 2 bei Michendorf südlich Potsdam an die Reichsautobahn Berlin-Hannover her und schafft somit eine günstigere Verbindung für den Süden Berlins nach dem Westen.

Die dritte Teilstrecke mit rund 35 Kilometern Länge liegt in Schlesien zwischen Bunzlau und Sagan. Mit ihr erreicht die Strecke Breslau—Berlin nunmehr die Provinzgrenze Kurmark-Schlesien in einer Gesamtlänge von rund 142 Kilometern. Die Bedeutung der neueröffneten Teilstrecke ist in dem unmittelbaren Anschluß der Strecke Sagan-Sorau und Sprottau sowie in der wesentlichen Verbesserung der Verkehrsverbindung von Berlin nach Frankfurt a. d. O. und der Niederlausitz nach Schlesien zu erblicken.

Mit diesen neuen Teilstrecken überschreitet das Netz der Reichsautobahnen die Gesamtlänge von 1800 Kilometern. Das Bauziel des Jahres 1937 — 2000 Kilometer Reichsautobahnen — wird, wie vorgesehen, Mitte Dezember erreicht sein.

Ordensauszeichnungen.

DNB **Berlin**, 25. November.

Anläßlich des heutigen Jahrestages der Unterzeichnung des Antikomintern-Abkommens hat der Führer und Reichskanzler einer Reihe von japanischen Persönlichkeiten, die vorzugsweise an dem Abkommen mitgearbeitet haben, den Verdienstorden vom Deutschen Adler verliehen.

Ebenso hat Seine Majestät der Kaiser von Japan die an der Bearbeitung des Abkommens beteiligten deutschen Persönlichkeiten durch Verleihung japanischer Orden ausgezeichnet.

Personalveränderungen in der Luftwaffe. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1937 wurden zu Generalmajoren befördert die Obersten Schmidt (Hugo) und Hermann.

Deutschlands und Italiens Kampf um wirtschaftliche Unabhängigkeit.

„Giornale d'Italia" über die Erfolge des deutschen Vierjahresplanes.

Abhilfe gegenüber den Ungleichheiten der Natur.

DNB **Rom**, 24. November.

Nach einer längeren Artikelserie über Deutschlands Weg zur Verwirklichung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit mit Hilfe des zweiten Vierjahresplanes veröffentlicht nunmehr der Direktor des „Giornale d'Italia" einen abschließenden Artikel, in dem er mit vollem Verständnis die bisher erzielten Ergebnisse und vor allem die grundsätzliche Bedeutung der wirtschaftlichen Selbstversorgung für Volk, Wirtschaft, Politik und Wehrmacht in sachkundiger Weise würdigt und anerkennt. Nachdem der erste Vierjahresplan das Problem der Arbeitslosigkeit und der Ernährung gelöst habe, gelte nunmehr, wie der Verfasser ausführt, der zweite Vierjahresplan der Erhaltung und Festigung der erzielten Ergebnisse. Er sei aber vor allem auf die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen bedacht, um an die Stelle der durch die Einfuhren bedingten fremden Knechtschaft eine neue innere Erzeugungswirtschaft zu setzen. Die bereits erzielten Ergebnisse beständen in einer allgemeinen Steigerung der Erzeugung und der Arbeit, womit gleichzeitig der Bedarf an fremden Lieferungen sinke. Die deutsche Handelsbilanz des laufenden Jahres schließe für Deutschland mit der endgültigen Ueberwindung der letzten Ueberreste aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 und mit einem gewaltigen Umschwung auf allen Arbeitsgebieten ab. Während seit dem Sommer dieses Jahres eine Verlangsamung, ja ein Abgleiten der Produktionstätigkeit in fast allen großen Industriestaaten begonnen habe, halte der Aufstieg der deutschen Industrie an. Eine Feststellung, die der Verfasser mit statistischem Material belegt.

Sicherer aber als Zahlen sei das Gesamtbild der Dynamik der neuen Wirtschaftsweise.

Die deutsche Industrie erneuere und erweitere ihren Aufbau und ihre Aufgaben und organisiere damit eine nach Menge und Güte gesteigerte Erzeugung. Diese Steigerung werde sich auch auf einigen Gebieten der Ausfuhr bemerkbar machen müssen.

Im zweiten Teil seiner abschließenden Betrachtungen weist der Direktor des „Giornale d'Italia" zunächst die gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Deutschlands, Italiens und anderer Nationen von den drei klassischen plutokratischen Mächten erhobenen Vorwürfe zurück. Diese Staaten sprechen, wie er betonte, nur deshalb nicht von wirtschaftlicher Unabhängigkeit, weil sie mit Hilfe ihrer Naturschätze und ihrer kriegerischen Eroberungen der Vergangenheit diese bereits im Inlande wie in Uebersee verwirklicht haben.

Diese Bestrebungen seien keineswegs die Erfindung eines besonderen Regimes, sie seien vielmehr für viele Nationen, darunter Deutschland und Italien, eine Notwendigkeit. Ohne sie müßten die mit Naturschätzen und Rohstoffen wenig gesegneten Länder ihre Unterlegenheit und Knechtschaft gegenüber den reichen Nationen für alle Zeiten anerkennen.

Auch die Wiederauffrischung der Lehre von den Rohstoffen im Freihandelsverkehr, mit der London heute die deutschen Kolonialansprüche einzuschläfern versuche, hielten nicht stand, da sie ja nur den Handelsinteressen jener reichen Länder entsprächen, die in den Zeiten der Ruhe und des Ueberflusses ihre Rohstoffe verkaufen müßten, aber in Zeiten starker Anspannung der Rohstoffmärkte Liefersperre verhängten und so den Mächten die Waren zu entziehen suchten, wie man es heute und morgen durch die Initiative Englands in bezug auf die wichtigsten für die Rüstungsindustrie notwendigen Rohstoffe erlebe. Die europäische Wirtschaftskrise der letzten zwei Jahre, die auf die Sanktionspolitik zurückgehe, dauere immer noch an und sei einer der wichtigsten Gründe für die wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen Deutschlands und Italiens, da die Unzuverlässigkeit und Unsicherheit der Politik der drei großen demokratischen Mächte anhalte.

Im letzten Teil behandelt der Direktor des „Giornale d'Italia" schließlich die tiefgreifende Veränderung, die diese Bestrebungen in der gesamten Struktur der nationalen Wirtschaft wie auch in den Beziehungen mit dem Ausland mit sich brächten. Es sei an der Zeit, daß die neuen Richtlinien der deutschen und italienischen Wirtschaft in ihrem vollen Wert erkannt werden. Sie stellten den höchsten Einsatz aller nationalen Hilfsquellen und Produktionszweige dar, sie schafften ein neues Gleichgewicht der Mittel und Möglichkeiten zwischen den großen arbeitstüchtigen Nationen und brächten gegenüber den Ungleichheiten der Natur Abhilfe.

Brüsseler Ostasienkonferenz ohne Ergebnis.

Unbefristete Vertagung.

)!(**Brüssel**, 24. November.

Die Ostasienkonferenz hat am Mittwoch ihre Schlußsitzung abgehalten, in der die angekündigte Erklärung erörtert wurde, die jedoch nicht die erforderliche Einstimmigkeit fand.

Der chinesische Delegierte Wellington Koo nahm dazu Stellung, indem er u. a. ausführte: Der neue Entwurf betont, wie der ursprüngliche, gewisse allgemeine Grundsätze. Die chinesische Delegation glaubt jedoch, daß eine bloße Betonung dieser Grundsätze nicht als ein befriedigendes Ergebnis der Konferenz betrachtet werden kann. Sie bedauert, daß ihre auf der Konferenz vorgebrachten Anregungen hinsichtlich der Annahme gewisser positiver und konkreter Maßnahmen von der Konferenz nicht geprüft worden sind. Sie stellt fest, daß die Unterbrechung der Konferenzarbeiten nur zeitweilig sein soll und daß diese für zweckmäßig gehalten wurde, um gewissen an der Konferenz teilnehmenden Regierungen Zeit zu einem Meinungsaustausch zu geben und sie weiter alle friedlichen Methoden untersuchen zu lassen. Was diese weiteren Versuche einzelner Regierungen betrifft, so muß die chinesische Delegation ihre Ueberzeugung dahin aussprechen, daß ein solches neues Bemühen nur dann erfolgreich sein kann, wenn es bald und in aktiver Weise erfolgt.

Wellington Koo erklärte zum Schluß, daß er der Konferenzerklärung mit diesen Vorbehalten zustimme.

Der italienische Delegierte Graf Aldrovandi Marescotti erinnerte daran, daß er schon zu Beginn der Konferenz Zweifel an ihrer Nützlichkeit ausgesprochen habe. Diese Zweifel hätten sich voll auf bestätigt. Er halte die jetzige Vertagung für durchaus gerechtfertigt und würde sogar die Auflösung der Konferenz für das Richtige halten. Nicht einverstanden sei die italienische Delegation mit den Argumenten, die in der Erklärung enthalten seien. Daher könne Italien der Erklärung nicht zustimmen.

Außerdem sprachen in der Sitzung Lord Cranborne, de Tessan und Norman Davis. Sie hoben hervor, daß es sich nur um eine — allerdings unbefristete — Unterbrechung der Konferenz handele.

Vorstoß der Japaner über den Gelben Fluß?

DNB **Schanghai**, 24. November.

Japanischen Berichten zufolge haben auch am Mittwoch am Tai-See keine Veränderungen stattgefunden. Die Japaner bereiten bei Wuhsi und im Süden bei Wuseking den weiteren Vormarsch vor. Die chinesische Schlüsselfestung Kiangyin am Südufer des Yangtsee wurde am Mittwoch von der Land- und Flußseite her mit schwerer Artillerie beschossen. Die japanische Yangtsee-Flotte wurde um zwei weitere Kreuzer verstärkt.

In der Stadt Tsingtau wurde am Mittwoch der Belagerungszustand erklärt. Eine größere Anzahl japanischer Kriegsschiffe wurde an der Küste von Schantung gesichtet. Die Befestigungen im östlichen Teil von Tsinganfu wurden von den Japanern, die anscheinend den Uebergang über den Gelben Fluß vorbereiten, in Brand geschossen.

Keine Besetzung der Fremdenkonzessionen in Schanghai.

DNB **Tokio**, 24. November.

Der Sprecher des Außenamtes erklärte heute, Japan werde im Interesse der Kriegsführung keinerlei japanfeindliche Handlungen in Schanghai dulden. Japan werde selbstverständlich das gesamte Nachrichtenwesen in Schanghai kontrollieren und nicht gestatten, daß die Chinesen oder fremde Mächte in den Konzessionen gegen Japan agitierten. Weiter erklärte der Sprecher, nichts über eine angeblich geplante Uebernahme des Seezolles oder über eine Besetzung der Fremdenkonzessionen in Schanghai zu wissen. Japan werde alle weiteren Maßnahmen von dem Verhalten der fremden Mächte abhängig machen und auf Grund des Kriegsrechtes die militärischen Interessen Japans zu wahren wissen.

Die soziale Massenpartei entsandte heute ihren Vorstand zum Kriegs- und zum Marineminister und gab die Erklärung ab, daß die Partei geschlossen hinter dem Oberkommando und den Truppen stehe. Die Partei wird nach Mandschukuo und China Vertreter entsenden, um die siegreichen Truppen zu beglückwünschen.

Die Waffenfunde in Frankreich.

Eine Verlautbarung des französischen Innenministeriums.

(!) **Paris**, 24. November.

Am späten Dienstag abend hat das französische Innenministerium eine Verlautbarung über die Waffenfunde ausgegeben, in der es heißt, daß eine „wahre Verschwörung gegen die republikanischen Einrichtungen" entdeckt worden sei. Die Polizei habe eine beträchtliche Anzahl militärischen Materials aufgefunden, das zum großen Teile „ausländischen Ursprungs" sei, nämlich Maschinengewehre, Gewehre, Maschinenpistolen usw. Die Haussuchung bei der „See- und Fluß-Hypothekenkasse", deren Geschäftsführer der Ingenieur Deloncle sei, habe gezeigt, daß man es mit einer den Dienststellen des Heeres genau nachgebildeten paramilitärischen Geheimorganisation zu tun habe. Sie umfasse einen Stab, vier Büroabteilungen und einen Rot-Kreuz-Dienst, sei eingeteilt in Divisionen, Brigaden, Regimenter, Bataillone usw. Sie trage den deutlichen Charakter einer „Bürgerkriegsorganisation".

Die beschlagnahmten Schriftstücke bewiesen, daß die Schuldigen die republikanische Staatsform, die Frankreich sich frei gegeben habe, durch eine Herrschaftsform der Diktatur als Vorbereitung für die Wiederherstellung der Monarchie ersetzen wollten. Diese Pläne seien genau vorbereitet worden. Man habe gefunden: Material zur Herstellung von falschen Personalausweisen, Anweisungen für die Beförderung von Waffen, Nachrichten über Polizeistreitkräfteverteilung in der Umgebung von Paris, Namen der Befehlshaber der großen Einheiten, Angaben über zahlreiche Offiziere und über das Material der Regimenter, unausgefüllte Dienstanweisungsformulare, die auf den Militärbüros gestohlen worden seien, eine Liste von Häusern mit doppeltem Ausgang, genaue Pläne der Kanalisierung von Paris, Lagepläne der Wohnungen von linksstehenden Journalisten, der sozialdemokratischen Abgeordneten, das Unterschriftsbild gewisser Minister, eine Liste von Ministern und Parlamentariern, die beim ersten Anzeichen zu verhaften seien, Akten über die Beschlagnahme der Autobusse zum Zwecke der Waffenbeförderung, der Plan zu einem Handstreich gegen den bei Paris gelegenen Mont Velerien, um die dort befindlichen Waffen in die Hand zu bekommen.

Diese Vorbereitungen seien gescheitert, weil die Regierung, die das Vertrauen des Landes besitze, wachsam gewesen sei. Die republikanischen Einrichtungen hätten von dem Unternehmen der Unruhestifter nichts zu befürchten. Die Ermittlungen hätten schon beachtliche Ergebnisse gezeitigt und würden unaufhaltsam fortgesetzt. Die Schuldigen würden streng bestraft. Dazu benötige man keine Ausnahmegesetze. Die republikanischen Gesetze würden genügen, um die Sicherheit des Regimes zu gewährleisten. Die Regierung sei in der Lage, jede gegen die Republik gerichtete verbrecherische Handlung zum Scheitern zu bringen und gebe der französischen Demokratie ausdrücklich diese Versicherung.

*

Dem „Paris Soir" zufolge hat die Polizei am Mittwoch in der Wohnung des Generals Duseigneur, dessen Name schon kürzlich im Zusammenhang mit den Waffenfunden genannt worden war, eine Haussuchung vorgenommen. Anschließend wurde der General auf der Polizeipräfektur längere Zeit verhört. Ueber die Ergebnisse der Haussuchung und des Verhörs ist noch nichts bekannt.

Die Suche in Paris und Umgebung wird immer noch fortgesetzt. In Dieppe wurde ein weiterer betonierter Keller mit getarnten Ausgängen gefunden. Vier am Dienstag verhaftete Personen wurden unter Anklage gestellt.

„Monarchistische Revolution in den Abflußkanälen der Stadt".

(!) **Paris**, 24. November.

Die Verlautbarung, die der französische Innenminister im Zusammenhang mit den angeblichen Geheimbünden ausgegeben hat und die in der Schlußfolgerung gipfelt, daß es dank der Wachsamkeit der Regierung gelungen sei, die Republik zu retten, findet in einem Teil der Pariser Presse nur mitleidiges Lächeln und ironische Randbemerkungen. Das „Echo de Paris" fragt, mit welchen Mitteln die Republik gestürzt und die Monarchie errichtet werden sollte. Wahrscheinlich habe das durch den in der Verlautbarung angeführten genauen Plan der Pariser Abflußkanäle mit den zur Kammer und zu den Wohnungen der sozialdemokratischen Abgeordneten führenden Abzweigungen erfolgen sollen oder durch die Verwendung der Autobusse und Müllabfuhr-Wagen, die in Panzerwagen umgebaut werden sollten. Alles dies scheine nicht sehr ernst. Man könne sich schwer eine monarchistische Revolution vorstellen, die in den Abflußkanälen der Stadt Paris stattfinde. „Sind das die schmerzlichen Ueberraschungen, die Chautemps in der Kammer angekündigt hat?", so fragt das Blatt. Wenn der Innenminister geglaubt habe, sich durch diese Verlautbarung zu rehabilitieren, so habe er sich schwer getäuscht, denn er habe mit viel Geschick nur den Kabarettisten vom Montmartre gedient. Die „Action Francaise" bezeichnet die Erklärungen des Innenministers als „lächerlich".

Belgische Kabinettskrise endlich beendet.

DNB **Brüssel**, 24. November.

Nach vierwöchiger Dauer der Regierungskrise ist heute vormittag die neue Regierung unter dem Vorsitz des Staatsministers Paul Emil Janson gebildet worden.

Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten bleibt in den Händen des Außenministers Spaak, das Ministerium für die Landesverteidigung behält Generalleutnant Lenis.

Die Regierung Janson ist, wie die vorhergehende Regierung van Zeeland, eine parlamentarische Mehrheitsregierung, die sich auf die Sozialdemokraten, Katholiken und Liberalen stützt, und in der die Portefeuilles unter diese verschiedenen Parteien verteilt worden sind. Zum erstenmal seit 1884 ist die Ministerpräsidentschaft nicht der katholischen Partei zugefallen.

Ministerpräsident Janson gehört der Liberalen Partei an. Er ist aber nicht mehr Mitglied des Parlaments, dem er vom Jahre 1912 bis zum Jahre 1936 fast ununterbrochen angehörte.

Janson hatte bekanntlich den Auftrag zur Kabinettsbildung bekommen, bevor König Leopold nach England fuhr. Aber er konnte zunächst dann dem König nur mitteilen, daß die Durchführung seines Auftrages an dem Widerstand der Sozialdemokraten gegen den Eintritt des katholischen Staatsministers Henry Jaspar in die Regierung gescheitert seien. Der König beauftragte gleichwohl Janson am Dienstag von neuem, und dieser zweite Versuch hat endlich zum Ziel geführt.

80jähriger Araber-Scheich zum Tode verurteilt.

Freischärlerführer vor dem britischen Kriegsgericht.

DNB **Jerusalem**, 24. November.

Das Militärgericht in Haifa führte am Mittwochvormittag als ersten Militärgerichtsprozeß eine Verhandlung gegen den ältesten der am Montag bei Jenin gefangenen vier arabischen Freischärler durch. Die Oeffentlichkeit war ausgeschlossen, doch waren Pressevertreter zugelassen. Der Angeklagte, der jede Schuld abstritt, war der 80jährige Scheich Farhan Saadi, ein enger Freund Fauzi Kaukadschis, der im vorigen Jahr der Anführer der arabischen Freischärler war und jetzt verbannt ist.

Die Verteidigung protestierte vergeblich gegen die zu kurz bemessene Vorbereitungszeit zur Zeugenbeschaffung, so daß nur die Anklageseite Zeugen stellte. Den Antrag der Verteidigung, angesichts des Alters von 80 Jahren, der nicht bewiesenen Schuld sowie der hohen Herkunft des Angeklagten mildernde Umstände anzuerkennen, lehnte der Anklagevertreter ab und beantragte seinerseits die Todesstrafe. Der Militärgerichtshof fällte das Todesurteil, das der Angeklagte würdevoll und vollkommen ruhig aufnahm.

Die Urteilsbestätigung liegt in Händen des Höchstkommandierenden der britischen Truppen in Palästina. Seine Entscheidung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Der Prozeß gegen die drei übrigen Gefangenen wird später durchgeführt.

Während der Verhandlung demonstrierten zahlreiche Araber vor dem Gerichtsgebäude, doch wurden die Demonstranten bald auseinandergetrieben.

Eingabe arabischer Organisationen um Begnadigung Scheich Farhans.

DNB **Jerusalem**, 24. November.

Die arabische Verteidigungspartei und andere arabische Organisationen sowie hervorragende Einzelpersönlichkeiten bereiten eine sofortige Eingabe an den Höchstkommandierenden der britischen Truppen in Palästina vor, durch die sie die Begnadigung des 80jährigen, zum Tode verurteilten Scheich Farhan Saadi erwirken wollen.

Das letzte Opfer geborgen.

:: **Hindenburg**, 24. November.

Der Bergungsmannschaft der Schachtanlage Ostfeld der Königin Luise-Grube ist es am Mittwochnachmittag nach schwerer und gefahrvoller Arbeit gelungen, auch das letzte Opfer des schweren Einsturzunglücks zu bergen.

Die gemeinsame Beisetzung der sechs Opfer ist auf Freitag vormittag festgesetzt worden.

17 Arbeiter durch flüssiges Eisen schwer verletzt.

DNB **Kattowitz**, 24. November.

Am Mittwochvormittag ereignete sich in der Stahlgießerei der Friedenshütte beim Abfüllen von Eisen eine schwere Explosion. Das umherspritzende flüssige Eisen traf 17 Arbeiter, die sämtlich schwere Brandwunden erlitten. Ein Arbeiter starb kurze Zeit darauf, drei weitere wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß. Die Ursache der Explosion konnte bisher nicht ermittelt werden.